

## Nach Einbruch in Schaan

## Landespolizei leitete Fahndung ein

**SCHAAN** In Schaan wurde gestern um etwa 11.30 Uhr in ein Wohnhaus eingebrochen. Die Landespolizei leitete daraufhin unverzüglich eine Fahndung ein. Nach dem Mittag hiess es dann in einer Aussendung, dass die Fahndung bislang erfolglos war. Verletzt wurde niemand, ob Deliktgut entwendet wurde, sei Gegenstand der Ermittlungen, hiess es abschliessend. (lpfl/red)

## Zwei Personen verletzt

## Zwei Unfälle wegen Unachtsamkeit

**VADUZ/SCHAAN** Zu zwei Auffahrunfällen aufgrund Unachtsamkeit kam es am Wochenende in Vaduz und Schaan. Wie die Landespolizei am Montag mitteilte, wurden dabei zwei Personen verletzt. Wie es in der Mitteilung weiter heisst, war ein Autofahrer am Samstagnachmittag auf der Feldkircherstrasse in Schaan in nördliche Richtung unterwegs und hielt seinen Wagen an, um einen Fussgänger die Strasse überqueren zu lassen. Der Lenker des Autos hinter ihm bemerkte dieses Anhaltmanöver zu spät, woraufhin es zur Kollision kam. Verletzt wurde niemand, an beiden Autos entstand Sachschaden. Zu einem weiteren Auffahrunfall kam es am Sonntagabend in Vaduz. Ein Autofahrer war um etwa 19 Uhr auf der Austrasse in nördli-



Da ein Lenker einen Fussgänger die Strasse überqueren liess und der nachfolgende Lenker dies zu spät bemerkte, kam es zu einem Auffahrunfall in Schaan.



Mit zwei Mal Totalschaden endete ein Unfall in Vaduz. (Fotos: LPFL)

che Richtung unterwegs mit der Absicht, nach links abzubiegen. Aufgrund Gegenverkehrs musste er seinen Wagen anhalten, was vom folgenden Fahrzeuglenker übersehen wurde. Es kam zum Zusammenprall der beiden Fahrzeuge, wodurch beide Lenker verletzt wurden und sich in ärztliche Behandlung begeben mussten. An den beiden Autos entstand Polizeiangaben zufolge jeweils Totalschaden. (red/lpfl)

## In Garage eingebrochen

## Bargeld aus dem Fahrzeug entwendet

**VADUZ** Eine unbekannte Täterschaft hebelte am Sonntag zwischen 2 und 11.30 Uhr ein elektrisches Garagentor eines Einfamilienhauses in Vaduz auf. Daraufhin entwendete sie aus dem unverschlossenen Auto Bargeld im Wert von mehreren hundert Franken. Am Garagentor entstand Polizeiangaben zufolge kein Sachschaden. (lpfl/red)

## Aus der Region

## Opferstock in Kapelle geplündert

**OBERRIET** In der Zeit zwischen Samstagabend und Sonntagmorgen hat eine unbekannte Täterschaft am Kapellweg die Kapelle betreten, den Opferstock aufgebrochen und daraus mehrere Hundert Franken gestohlen. Wie die Kantonspolizei St. Gallen am Montag mitteilte, beläuft sich der Sachschaden auf rund 500 Franken. (pd/red)

## Direktwahl der Regierung stösst bei Parteien auf gemischte Gefühle

**Reaktionen** Dass sich DU wieder mit einer Direktwahl der Regierung auseinandersetzen, kommt bei den anderen Parteien unterschiedlich an. Mit Interesse werden jedenfalls die Ergebnisse der von DU in Auftrag gegebenen Umfrage erwartet.

VON DANIELA FRITZ

Schon im Juli 2013 kündigte DU-Chef Harry Quaderer für die noch bis ins Frühjahr 2017 laufende Legislaturperiode einen Vorstoss in Richtung Direktwahl von Regierungsmitgliedern an - mit einer nun durchgeführten repräsentativen Meinungsumfrage fühlen die Unabhängigen wohl schon einmal vor, wie das Volk zu einem solchen Vorstoss stehen könnte. Von den Parteien jedenfalls kommen gemischte Reaktionen. Helen Konzett Bargetze, Fraktionssprecherin der Freien Liste (FL), etwa würde einem solchen Vorschlag offen gegenüberstehen: «Wir sind dafür, dass auch Regierungskandidaten demokratisch legitimiert sein sollen.» Es wäre richtig, dass Regierungskandidaten vorab in den Landtag gewählt werden müssen und dieser dann aus seiner Mitte die Regierung wählt. Damit wäre die Regierung demokratisch legitimiert. «Damit wäre das bestehende Problem, dass wir in diesem Land Schein-Regierungswahlkämpfe haben, gelöst», führt Konzett Bargetze aus. Dass sich das Rekrutierungsproblem für politische Ämter verschärfen könnte, wie Wilfried Marxer, Leiter des Liechtenstein-Instituts in einem entsprechenden Arbeitspapier fürchtet, glaubt die Fraktionssprecherin nicht - zumindest in der FL sehe sie dieses Problem nicht.

## Grossteil der Wähler repräsentiert

Dass mit dem derzeitigen Wahlsystem der Volkswille nicht abgebildet werde, kann dagegen FDP-Präsident

«Vor allem in Wahlzeiten ist die Gefahr von parteistrategischen Blockaden hoch.»

THOMAS BANZER  
FDP-PRÄSIDENT



Bei einer Direktwahl könnten Sachthemen in den Hintergrund rücken, gibt Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut zu bedenken. Die Parteien müssten im Wahlkampf stärker auf «Köpfe» statt auf Inhalte setzen. (Foto: Paul Trummer)

Thomas Banzer nicht nachvollziehen: «Immerhin wird die Regierung von derjenigen Partei gebildet, welche anlässlich der Landtagswahl die meisten Wählerstimmen auf sich vereinen konnte.» Zudem würden Koalitionen gebildet, wodurch noch mehr Wählerstimmen vertreten seien. «In der aktuellen Konstellation sind total 73,5 Prozent der Wählerstimmen durch FDP und VU in der Regierung vertreten - eine gute Repräsentanz wie ich finde», meint Banzer weiter. Eine Direktwahl hält er daher für wenig sinnvoll. Dadurch könnte die Regierung auch konträr zu den

Mehrheiten im Landtag besetzt werden, was es für die Regierung erschwere, ihre Vorlagen durchzubringen. «Vor allem in Wahlzeiten ist die Gefahr von parteistrategischen Blockaden und damit von Stillstand hoch», gibt Banzer zu bedenken.

## Diskussionsbereitschaft bei der VU

Beim Koalitionspartner VU hingegen zeigt sich Parteipräsident Günther Fritz einer Direktwahl gegenüber diskussionsbereit - die Ergebnisse der DU-Umfrage erwarte man mit Interesse. «Allerdings bedarf es zur Direktwahl der Regierung einer Verfassungsänderung und einer eingehenden Diskussion darüber, wie sich die bestehenden Kompetenzen und Prozesse zwischen Volk, Fürst und Regierung verändern würden»,

merkt Fritz gegenüber dem «Volksblatt» an. Zwar könne ein Regierungsmitglied durch die Volkswahl unter Umständen eine höhere demokratische Legitimation haben, allerdings biete auch die Volkswahl keine Gewähr für fachlich möglichst hohe Qualifikationen im Amt. Zudem fürchtet der VU-Präsident einen «Ressourcenverschleiss», wenn nebst einer Landtagsliste zudem eine Regierungsliste aufliegen müsste. Es würden zumindest bei jeweils vollen Listen mehr Kandidaten als bisher nicht gewählt werden. «Ganz so trivial ist die Idee einer Direktwahl der Regierung - in welcher Umsetzungsform auch immer - nicht», führt Fritz aus. Jede Lösung werfe Fragen auf, die vertieft erörtert werden müssten.

## Der LPC möchte sich weiterhin über die Grenzen hinaus positionieren

**Medien** Seit 47 Jahren profitieren LPC-Mitglieder von zahlreichen Veranstaltungen über das ganze Jahr verteilt - dazu zählen etwa Redaktionsbesuche oder Diskussionsrunden. Das soll auch in Zukunft beibehalten werden.

VON HANNES MATT

Die Generalversammlung des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs (LPC) wird im zweijährigen Turnus abgehalten. Aus diesem Grund versammelten sich gestern Vorstand, Mitglieder und Gönner im Restaurant Löwen in Vaduz, um einen Rückblick auf die vergangenen Jahre vor-, gleichzeitig aber auch die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen. Während die finanzielle Situation in den vergangenen zwei Jahren verbessert werden konnte - auch weil der wichtige Staatsbeitrag erhalten geblieben sei - möchte sich

## DER PRESSECLUB

Zu den wichtigsten Zwecken des LPC zählt die Förderung einer möglichst objektiven Darstellung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Belange des Fürstentums Liechtenstein in den internationalen, regionalen und nationalen Medien. Der LPC pflegt auch Kontakte zu ausländischen Presseclubs und ähnlichen Vereinigungen.



LPC-Präsident Peter Rutz während der Generalversammlung. (Foto: Paul Trummer)

der Presseclub weiterhin stärker über die Grenzen hinaus positionieren. Das ist nicht neu: Schon vor drei Jahren wurde deshalb der internationale Beirat unter dem Vorsitz von Günther Meier gegründet, der diese Ziele auch in den nächsten Jahren verfolgen will - bis hin zu einem «Internationalen Media Forum», dass Presseschaffende von New York bis Moskau nach Liechtenstein holen möchte, wie LPC-Präsident Peter Rutz ausführte. Zudem sollen die Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Sommerakademie fortgeführt werden. Weitere Ziele sind das Anwerben neuer Mitglieder und Sponsoren.

## Ressort «Printmedien» neu besetzt

Indes kann der Presseclub auf zwei neue Vorstandsmitglieder für das

Ressort «Printmedien» zählen: Zum einen mit «Volksblatt»-Chefredaktorin Doris Quaderer, die den ehemaligen Verlagsleiter Heinz Zöchbauer ersetzt sowie «Vaterland»-Chefredaktor Patrik Schädler, der für den neuen VU-Präsidenten Günther Fritz in die LPC-Führungsriege aufsteigt. Weiter wurden Claudia Wirz und Gerd Endrich als Vizepräsidenten bestätigt - natürlich mit grossem Applaus der anwesenden Mitglieder.

## Die LPC-Veranstaltungen im Jahr 2016

- Am Montag, den 11. April, steht ein Besuch bei der «Stiftung Zukunft Liechtenstein» an.
- Am Montag, den 13. Juni, besucht BILD-Chefreporter Nikolaus Harbusch den LPC.
- Am Freitag, den 12. August findet ab 17 Uhr die «Sommerakademie 2016» statt.
- Am Montag, den 24. Oktober ab 18 Uhr besucht der LPC das «Stabi-Treasure-House» in Eschen.

## Trennung Kirche-Staat

## Prinz Nikolaus im LPC-Interview

**VADUZ** Im Anschluss an die Generalversammlung führte Günther Meier mit LPC-Patronatsherr und Botschafter am Heiligen Stuhl, Prinz Nikolaus, ein Gespräch zum Thema «Papst Franziskus sowie Liechtenstein und der Vatikan». Dabei stand die in Liechtenstein andauernde Trennung von Kirche und Staat im Fokus des Interesses. Wie Prinz Nikolaus ausführte, steht der Heilige Stuhl der Thematik offen und flexibel gegenüber, dennoch möchte sich Rom nicht direkt in Vermögensfragen auf Bistums- oder noch tiefer auf Pfarreebene einmischen. Das Abkommen sei indes an sich unkompliziert und, was die Vertragstexte betrifft, auch fertig.

Mit den evangelischen Religionsgemeinschaften konnte bereits eine Einigung erzielt werden, so Prinz Nikolaus. An sich sei die Sache ja auch mit der katholischen Kirche klar, «es harze» ja nur noch in zwei Gemeinden - Gamprin-Bendern und Balzers. Dabei besteht natürlich auch die Möglichkeit - weg von einer beidseitigen Lösung - über den Gesetzesweg zum Ziel zu gelangen. Besser sei es aber auf jeden Fall, wenn das Thema vertraglich geregelt werden könne und sich beide Seiten «wirklich finden», so der Botschafter. Das zeige auch der Blick auf andere Länder. Ansonsten bestünde bspw. die Gefahr - auch weil Eigentumsrechte von der europäischen Menschenrechtskonvention geschützt sind - dass sich anschliessende Gerichtsverhandlungen über Jahrzehnte hinziehen könnten: Eine «vernünftige Entflechtung» ist in beidseitigem Interesse, so das Fazit. (hm)